Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Karlsruher Zeitung. 1784-1933
# 1922

28.4.1922 (No. 99)

Visual Library

№ 99 Freitag, den 28. April 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 ℳ — Einzelnummer 1.— ℳ — Anzeigengebühr: 1.30 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

## * Genua.

X.

Die Rede, die Lloyd George vorgestern vor den englischen und amerikanischen Journalisten gehalten hat, ist jetzt im Wortlaut veröffentlicht worden. Und da gewinnt man nun allerdings beim Studium dieser Rede den durch nichts mehr zu verwischenden Eindruck, daß Lloyd George fest entschlossen ist, unter allen Umständen die dunstige und gewitterschwüle Atmosphäre, die über der europäischen Politik lagert, zu beseitigen, und sei es auch auf die Gefahr einer Machtprobe hin.

Lloyd George, der sich in den letzten dreieinhalb Jahren vor allem als vermittelnder Diplomat betätigt und seine Energie an der Lösung von Einzelfragen erschöpfte, geht jetzt mit den kräftig ausgreifenden Schritten des zum Kampf entschlossenen Staatsmannes aufs Ganze. Noch hat er allerdings das große Schlagwort, das die Geschichte der nächsten Zeit beherrschen wird, das Wort von der „Revision der Friedensverträge", nicht ausgesprochen. Aber dem Sinne nach bedeutet alles, was er neuerdings den angelsächsischen Journalisten gesagt hat, nichts anderes, als die offene Ankündigung einer solchen Politik der Revision.

Nun müssen wir uns allerdings von vornherein darüber klar sein, daß eine Revision noch lange nicht eine vollständige Umgestaltung des Bestehenden zu sein braucht. Und ganz sicherlich faßt auch Lloyd George die Dinge keineswegs so auf, daß er eine Aktion befürworten würde, die die Grundlagen der Friedensverträge umstürzt. Aber er ist derjenige unter den führenden Staatsmännern Europas, der nach dem Unheil von Versailles am schnellsten erkannt hat, daß so manche Einzelbestimmungen des dort abgeschlossenen Friedensvertrags abgeändert werden müssen, weil sie sinnlos sind, in ihrer Auswirkung den Frieden Europas ständig bedrohen und eine Wiedergesundung der Welt verhindern. Nie und nimmer kann es der Zweck eines großen und umfassenden Friedensvertrages sein, den wahren Frieden und das wahre Gedeihen der Menschheit zu vereiteln. Und mag die Leidenschaft des Hasses und die Hitze der im Krieg entfesselten Gefühle dazu führen, daß Bestimmungen in einen Friedensvertrag aufgenommen werden, die nicht nur in sich ungerecht, sondern für den Besiegten einfach unerfüllbar sind, so wird eine Revision dieser Bestimmungen dann zur Notwendigkeit werden müssen, wenn man sieht, daß sie nicht nur den Besiegten, sondern auch den Siegerstaaten und damit der Gesamtmenschheit schaden.

Lloyd George geht von der Erkenntnis aus, daß von einem wahren Frieden überhaupt noch nicht gesprochen werden könne. Und so ist es ganz richtig, wenn er sagt, daß auch die Stabilisierung der Wechselkurse keinen Vorteil bringen würde, wenn es nicht gelinge, den Zustand eines wahren Friedens herbeizuführen. Und zum ersten Mal seit dem Abschluß des Friedensvertrages von Versailles spricht dann der Ministerpräsident des mächtigsten Staates der Entente die Worte aus, daß es zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer auch noch keine einzige Grenze gebe, die unumstritten sei. Er spricht weiter von einer Unsicherheit der Grenzen, die gleichbedeutend sei mit der Unzufriedenheit der durch diese Regulierung kreuz und quer durcheinandergeworfenen Rassen. In dieser Unzufriedenheit, die ja nach dem Wilsonschen Programm durch den Friedensvertrag gerade verhindert werden sollte, ergeben sich auch nach der Meinung Lloyd Georges unzählige Möglichkeiten für künftige Konflikte.

Vor allem an Frankreich, darüber hinaus aber auch an Polen und Rumänien und an gewisse Kreise der englischen Bevölkerung, richtet sich die Warnung Lloyd Georges vor jener falschen und gefährlichen Politik, die Europa in zwei feindliche Teile zerreißen und Deutschland nebst Rußland dem übrigen Europa gegenüber stellen wolle. Wer da glaube, daß man Deutschland und Rußland, die räumlich zwei Drittel von ganz Europa ausmachen, dauernd niederhalten könne, der müsse schon vollkommen blind, wenn nicht gerade wahnsinnig sein. Und was den deutsch-russischen Vertrag anlange, so habe er (Lloyd George) längst erkannt, daß eine solche Wendung unvermeidlich sein würde, wenn man bei der bisherigen Politik beharre.

Werde diese Politik weiter fortgesetzt, so werde der Zustand der Zerrissenheit verewigt. Dann sei aber die Zerstörung Europas unausbleiblich; sie werde nur noch eine Frage der Zeit sein. Der Sieg dürfe nicht in Unterdrückung ausarten, und die Sieger dürften sich nicht von Ungerechtigkeiten leiten lassen. Geschehe das, so werde der Sieg sicherlich nicht für immer triumphieren. Man müsse im Siege redlich und gerecht bleiben, damit Europa nicht in einen Siedehitzkessel verwandelt werde.

Lloyd George ist, wie er ganz offen ausgesprochen hat, beunruhigt durch die Wetter, die sich am Himmel der europäischen Politik zusammenziehen. Die Atmosphäre müsse gereinigt werden, damit diese Wetter nicht eines Tages losbrechen.

Die Bedeutung dieser neuesten Rede Lloyd Georges kann nicht leicht überschätzt werden. Und selbst für den unwahrscheinlichen Fall, daß Lloyd George, von der Mehrheit des englischen Volkes im Stich gelassen, unterliegen sollte, wird seine Rede welthistorische Bedeutung behalten. Denn nur dann wird Europa wirklich wieder gesunden können, wenn man die Gedanken dieser Rede zur Grundlage der Wiederaufbauarbeit macht.

Es war kühn und genial von Lloyd George, daß er nunmehr endlich die Toga des Diplomaten abwarf und sich mit dem Mute zum Bekenntnis und mit der Entschlossenheit zum Kampf seinen Gegnern stellte. Diese Gegner sind auch in England zu finden. Wie groß ihre Zahl ist, und welchen Einfluß sie besitzen, ist schwer zu entscheiden. Zunächst aber ist noch gar nicht sicher, ob diese Kreise, die ja doch in erster Linie britisch empfinden, ihren Ministerpräsidenten preisgeben werden, wenn er sich anschickt, einen Kampf zu eröffnen, der letzten Endes nichts anderes ist, als ein Kampf um den Ruhm des englischen Namens und ein Kampf um den Frieden der Welt. Es wäre erbärmlich, wenn das englische Volk seinen größten Staatsmann bei diesem Kampf nicht unterstützte.

Lloyd George und seine Berater rechnen offenbar mit einer solchen Unterstützung. Sie verlassen sich auf die Gerechtigkeit ihrer Sache und auf den realpolitischen Sinn des englischen Volkes. Immerhin entbehrt das Vorgehen Lloyd Georges der Kühnheit nicht. Eine Minderheit aber wird ihn in seiner Politik nicht wankend machen, wenn er nur damit rechnen kann, daß seine Gegner auch wirklich in der Minderheit bleiben und daß die Mehrheit seines Volkes fest und geschlossen zu ihm hält. Vielleicht wird gerade die imposante Entschiedenheit seines Auftretens manchen auf seine Seite ziehen, der bisher noch geschwankt hat.

Zunächst soll nun also eine Besprechung der Signatarmächte des Vertrages von Versailles in Genua stattfinden. Die Einladungen sind ergangen. Wie es heißt, soll auch Deutschland später zu diesen Verhandlungen hinzugezogen werden. Frankreich hat seine letzte Entscheidung noch nicht getroffen. Doch deuten alle Anzeichen darauf hin, daß es an der Besprechung teilnehmen, ja, daß sogar Poincaré selbst sich nach Genua begeben wird. Allerdings wird Frankreich wohl die Bedingung stellen, daß die Reparationsfrage auch jetzt nicht erörtert werden darf. Wie sich die übrigen Mächte der Entente zu dieser Forderung stellen werden, ist bis zur Stunde noch nicht zu sagen.

## „Geht es Deutschland gut?"

„Es ist beschlossen, daß Deutschland zahlen kann und zahlen muß." So erklärte jüngst, genau wie seine Vorgänger, Herr Poincaré in der französischen Kammer. Und an diesen „Beschluß" klammert sich, so schreibt man uns, Frankreich, es schreit hysterisch auf, wenn er irgendwie in Zweifel gezogen wird. Leider lehnen aber die Franzosen auch jede Diskussion über die Frage ab, wieviel Deutschland zahlen kann. Und doch sollte auch sie die Entwertung der deutschen Mark im Verlauf des ersten Jahres der Reparationszahlungen dahin belehrt haben, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit ihre sehr beschränkten Grenzen hat; daß die von ihnen mit Vorliebe erwähnte starke Beschäftigung der deutschen Industrie nicht zum Schluß berechtigt, es ginge Deutschland gut, sondern daß sie eine Scheinblüte und nichts anderes darstellt.

**Kein Franzose hat es bisher der Mühe für wert gehalten, einmal die immer wiederholte Behauptung, in Deutschland würden weniger Steuern als in England und Frankreich gezahlt, auf ihre Stichhaltigkeit hin zu prüfen. Es ist offenbar bequemer und dient mehr den Zwecken der gegenwärtigen Politik Frankreichs, wenn ein solcher Versuch unterlassen wird.** Umsomehr verdient daher Beachtung und darf zu gewissen Hoffnungen für die Zukunft berechtigen, daß man sich in England mit wachsendem Interesse und starkem Sinn für die Wirklichkeit in Büchern und in der Tagespresse mit der Frage der deutschen Leistungsfähigkeit befaßt.

So hat in jüngster Zeit namentlich ein Büchlein „Is Germany prosperous?" („Geht es Deutschland gut?"), das einen Engländer konservativer Richtung, Sir Henry Penson, zum Verfasser hat, eine ziemlich ergiebige Besprechung in den englischen Blättern gefunden. Sir Henry Penson gibt darin seine im Januar d. J. auf einer Reise durch Deutschland gewonnenen Eindrücke wieder. Er hat erkannt, daß das **deutsche Wirtschaftsleben** sich in einem **sehr ungesunden Zustand** befindet, „daß der **gegenwärtige Beschäftigungsgrad nicht als ein Maßstab wirklichen nationalen Reichtums und echter Blüte betrachtet werden kann", daß der größte Teil der Gewinnrechnungen der deutschen Industrie falsch ist,** weil doch infolge der großen Kursschwankungen die Mark am Ende des **vorangegangenen Bilanzjahres nicht mit der Mark am Ende dieses Bilanzjahres identisch ist.** Er sieht, daß die deutschen Unternehmer **Einkommen errechnen,** wo in **Wirklichkeit vom Vermögen gezehrt** wird. Auch scheut er sich nicht, seinen Landsleuten in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise vor Augen zu führen, daß **die dem deutschen Volke auferlegte Steuerlast unerhört schwer** ist. Er weist überzeugend nach, daß die **deutsche Einkommensteuer viel härter ist als die englische.** Er zerlegt die Tatsachen, die gewöhnlich als unwiderlegliche Anzeichen deutschen Wohlstandes hingestellt werden, auf ihre wahre Bedeutung hin und kommt so zu dem Schluß, daß Deutschland einem Rekonvaleszenten aus sehr ernster Krankheit gleiche, der wieder etwas Farbe und Appetit zeige, aber einem Rückfall ausgesetzt sei, wenn nicht aufgepaßt werde. Der Patient müsse natürlich die Operationskosten und die Doktorrechnung zahlen, was nach Abmachung in Ratenzahlungen geschehen solle. Der Betrag dessen aber, was gezahlt werden könne, wie die Abstände zwischen den Ratenzahlungen, hingen von der Wiederherstellung seiner Gesundheit und dem Zeitpunkt seiner Rückkehr zu voller Arbeit ab.

Der Mann, der solche Erkenntnisse in Deutschland gewonnen hat, kam zu uns mit der Absicht, daß es dem deutschen Volke viel besser gehe als dem englischen, daß es daher einen recht großen Überschuß haben müsse, aus dem die Wiedergutmachungen bezahlt werden könnten. Er hat sich überzeugt, **„daß Deutschlands Wohlstand viel mehr ein Schein als eine Wirklichkeit sei."** Wie lange noch wird man in **Frankreich** an solchem Urteil, wie diesem, achtungslos vorübergehen?

## Politische Neuigkeiten.

### Die Konferenz von Genua.

**Der Burgfrieden.**

Zur Frage des von Lloyd George geplanten **allgemeinen Burgfriedens** wird berichtet, daß in Genua zurzeit zwei Pläne vorliegen. Der **englische Plan** sieht keine Sanktionen vor und enthält keine Angaben darüber, wie lange der einzuführende Friedenszustand dauern soll. Die italienischen Richtlinien bestimmen bei **zehnjähriger Dauer des Burgfriedens die Anwendung von Sanktionen** in solchen Fällen, in denen eine **böswillige Nichterfüllung** des Friedensvertrags festgestellt worden ist.

**Reichsminister Dr. Rathenau**

erklärte vor Pressevertretern zu der Rede Lloyd Georges: Hinter jedem Plan, der dem wirklichen Frieden der Welt dient auf der Grundlage von Gerechtigkeit und gleichmäßiger Pflichten und Rechte aller Nationen wird unbedingt auch Deutschland stehen und helfen, ihm Erfolg zu verschaffen. Wenn es gelingt, ein solches Werk durchzuführen, werden sich alle glücklich schätzen, die an der Konferenz teilgenommen haben.

**Die Aussprache zwischen Lloyd George und Barthou.**

* Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet vom Mittwoch: Der heutige Tag war in erster Linie den **französisch-britischen Besprechungen** gewidmet. Vor dem Frühstück unterhielten sich **Barthou und Lloyd George** besonders über zwei Punkte. Der erste, den Lloyd George zur Sprache brachte, betraf das **Unbehagen,** das aus der Auslegung entstanden ist, die den Worten des Ministerpräsidenten am letzten Sonn-

Mit einer Beilage: Zahlkarte.

bei der interalliierten Zusammenkunft gegeben wurde. Der zweite betraf gewisse Stellen in der Rede Poincarés in Bar-le-Duc. Über diese Worte sowie über die Rede Poincarés wurden mit vollständiger Offenheit von beiden Seiten Erklärungen ausgetauscht. Diese Erklärungen scheinen, dem Havas-Berichterstatter zufolge, die Atmosphäre der französisch-britischen Beziehungen in Genua gereinigt zu haben. Lloyd George schien besonders besorgt hinsichtlich der Haltung, die man Deutschland gegenüber einnehmen solle, wenn es Ende Mai seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sein sollte. Der britische Premierminister zeigte den lebhaften Wunsch, daß die Alliierten diesbezüglich **gemeinsam vorgehen sollten.** Deshalb regte er den Gedanken an, da alle alliierten Regierungen gegenwärtig in Genua vertreten seien, so könnte man die Gelegenheit benutzen, gemeinsam über ein so wichtiges Thema zu beraten. Lloyd George setzte hinzu, er wäre glücklich, wenn Poincaré persönlich an diesen Besprechungen teilnehmen würde. Barthou erklärte, diese Anregung dem Chef der französischen Regierung übermitteln zu wollen. Die Unterredung zwischen Barthou und Lloyd George bezog sich ferner auf die **russische Frage.**

Der Havas-Berichterstatter erklärt, daß auch in diesem Punkte die Führer der französischen und der englischen Delegation sich leicht **geeinigt** hätten. Barthou schloß sich einer Anregung Lloyd Georges an, für Rußland ein Programm auszuarbeiten, das die Form eines **Ultimatums** annehmen soll. Für dieses Programm hatte Lloyd George einen schriftlichen Entwurf in großen Umrissen ausgearbeitet. Barthou ersuchte Lloyd George, daß dieses Programm unverzüglich von den französischen und englischen Sachverständigen geprüft werden möge; Lloyd George stimmte zu. Die Prüfung erfolgte nach dem Frühstück. Die französischen und englischen Sachverständigen hatten um 5 Uhr die Prüfung beendet. Darauf nahmen Lloyd George und Barthou ihre unterbrochene Besprechung in der Villa Albert wieder auf.

### Eine Rede Millerands.

Präsident **Millerand** hat gestern in **Philippeville** vor dem Verlassen Algiers in einer Banketrede sich über die **Außenpolitik Frankreichs** ausgesprochen. Er sagte u. a.: „Europa ist in diesem Augenblick vereinigt, um das Werk des Wiederaufbaus zu besprechen. Auch Frankreich befindet sich in Genua." Nach einer Billigung der Rede Poincarés in Bar-le-Duc sagte der Präsident: „Unsere Alliierten und wir haben gekämpft für den Triumph des Rechts, für den Millionen Menschen geopfert sind. Wir werden ihn nicht in Frage stellen lassen. Wir werden nicht gestatten, daß die aus dem Grabe auferstandene Nation das Europa umändert, das aus dem Friedensvertrag hervorgegangen ist. **Frankreich** träumt nicht von Hegemonie. Der wohltuende **Einfluß seines Genies in der Welt genügt seiner Ambition und seinem Ruhm.** Es will aber nicht dem Wiederaufbau Europas seinen eigenen Wiederaufbau zum Opfer bringen. Es glaubt, das Recht zu haben, ohne des Egoismus und der Ungerechtigkeit angeklagt zu werden, beanspruchen zu können, daß der Wiederaufbau des verwüsteten Frankreich, das als ein Schutzwall für die Heere der Zivilisation gedient hat, ein wesentlicher Bestandteil des Wiederaufbaus Europas ist." Nachdem der Präsident der Republik dann erklärt hatte, daß ein Deutschland, das seine Verpflichtung hinsichtlich der Reparation und der Entwaffnung erfülle, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Frankreich wieder aufnehmen könne, sprach Millerand in ähnlichem Sinne von der Sowjetregierung und fuhr fort, indem er auf das Abkommen von Rapallo hinwies, nicht ohne Grund habe man an Brest-Litowsk erinnert. Die abschließenden Parteien seien dieselben, und ihre Absichten hätten sich zweifellos auch nicht geändert. Aber der Sieg sei nicht mehr davonzutragen, und die Alliierten, für die Brest-Litowsk eine fürchterliche Bedrohung gewesen sei, hätten in dem Abkommen von Rapallo eine Benachrichtigung gefunden, die vielleicht nicht ohne Nutzen gewesen sei. Die **Alliierten** seien einig und **würden es schon verstehen, angesichts der Warnung alles zunichte zu machen, was die Klauseln des Vertrages von Versailles verletze.** Ihr Einverständnis werde fortbestehen, um das Werk des Friedens zu einem guten Ende zu führen. Frankreich werde mit seiner ganzen Intelligenz und seinem ganzen Herzen mitarbeiten, ohne andere Hintergedanken, als mit seinen eigenen Interessen diejenigen von ganz Europa sicher zu stellen. Er persönlich zweifle nicht an dem Erfolg.

### Die polnische Antwort an Tschitscherin.

Der Führer der polnischen Delegation, **Skirmunt,** sandte auf die Note Tschitscherins eine Antwort, in der es u. a. heißt:

„Ich will mich lediglich mit den normalen Beziehungen zwischen Rußland und Polen befassen. Der Hauptzweck der Konferenz ist, wie sich aus der Resolution von Cannes ergibt, die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Mittel- und Osteuropas und an erster Stelle Rußlands, das mehr als ein anderer Staat der Mitarbeit des Auslandes bedarf. Die Wiederherstellung regulärer Beziehungen zwischen diesem Land und der auf der Konferenzen vertretenen Staaten, die die Sowjetregierung nicht anerkannt haben, bildet den Gegenstand einer ernsten Prüfung. Die Konferenz kann indessen nicht als das Mittel angesehen werden, um das erwähnte Ziel zu erreichen. In diesem Zusammenhang läßt sich also die **Teilnahme Polens an den Arbeiten der Konferenz bezüglich der russischen Angelegenheiten** leicht erklären. Diese Teilnahme steht keineswegs im Widerspruch mit den vertraglichen Verpflichtungen, die zwischen Polen und Rußland auf Grund des Friedensvertrages von Riga existieren. Andererseits kann keine Analogie zwischen der Teilnahme Polens an den auf die russischen Angelegenheiten bezüglichen Arbeiten auf der Genueser Konferenz und der **Nichtbeteiligung Deutschlands** an diesen Arbeiten, die ausführlich durch die mit Deutschland gewechselte Korrespondenz erklärt ist, konstruiert werden. Entgegen Ihrer Ansicht scheint es mir **undiskutabel** zu sein, daß die Zustimmung Polens zu der an Deutschland gerichteten Note als ein Schritt, der bezweckte, Rußland das Recht zu entziehen, Verträge abzuschließen, oder noch weniger als ein Angriff auf die Souverenität Rußlands ausgelegt werden könnte.

Die Beschuldigung, daß wir uns einer Rechtsverletzung schuldig gemacht haben, die Sie mit dem ungewöhnlichen Ausdruck „Anmaßung" bezeichnen, **entbehrt jeder Begründung",** da die Zustimmung Polens zu dieser Note lediglich der Ausdruck der Teilnahme Polens an einem gemeinsamen Schritte ist, der den Schutz vertraglicher Rechte der Staatengruppe, zu der er gehört, gegenüber einer dritten Macht bezweckt. In dieser Frage hat Rußland kein Recht, mitzureden. Bezüglich des **Schlußprotokolls der Regierungen Estlands, Lettlands, Polens und der Sowjetregierung,** die am 29. und 30. März 1922 in **Riga** stattfand, ist Ihre Auslegung ungenau, wenn Sie dieses Protokoll als Vertrag bezeichnen, der die Tragweite der Verpflichtung enthält. Entgegen Ihrer Versicherung, wonach Polen sich u. a. verpflichtet habe, mit aller Kraft auf die Anerkennung der Sowjetregierung hinzuwirken, ist zu bemerken, daß die Unterzeichner des Protokolls von Riga sich darauf beschränkt haben, die Ansicht auszusprechen, es würde angebracht sein, im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Osteuropas die Sowjetregierung de jure anzuerkennen. Der Inhalt dieses Protokolls stellt nichts anderes als ein Protokoll über den gepflogenen Meinungsaustausch dar. Die ausgesprochenen Ansichten sind nur dazu bestimmt, den verschiedenen Regierungen vorgelegt zu werden, aber nicht dazu ausersehen, von ihnen ratifiziert zu werden. Andererseits steht die Teilnahme Polens an dem Schritt der zehn Mächte **in keiner Weise im Widerspruch** mit den erwähnten Ansichten.

Was Ihre Behauptung betrifft, wonach die Signatarmächte mit den Noten vom 18. und 23. April und besonders Polen einen Präzedenzfall geschaffen haben, den Sie als unerhört bezeichnen, und aus dem nach Ihrer Ansicht eine dritte Macht das Recht herleiten könnte, den Vertrag zwischen zwei anderen Mächten zu annullieren, möchte ich nur bemerken, daß der Schritt, an dem die polnische Regierung teilgenommen hat, **nicht dazu bestimmt** ist, die Fähigkeit des Kontraktabschlusses für irgend einen Staat über seine vorher festgelegten internationalen Verpflichtungen hinaus zu beschränken. Ebenso wie die anderen Unterzeichner der Noten vom 18. und 23. April hat Polen davon Abstand genommen, sich bei dieser Gelegenheit über die Gesamtheit des deutsch-russischen Vertrages von Rapallo auszusprechen. Sie haben sich darauf beschränkt, lediglich auf seinen Zusammenhang mit der Konferenz von Genua Bezug zu nehmen.

Nichtsdestoweniger **behält** sich die polnische Regierung ausdrücklich das Recht vor, **sich in voller Freiheit auszusprechen** und eine **derartige Haltung** einzunehmen, **die sie für angemessen erachtet** bezüglich jedes internationalen Aktes, der polnische Interessen berührt. Die am Ende des Briefes hervorgehobene Tatsache, daß die durch die russische Regierung abgeschlossenen Verträge nicht von ihrer Anerkennung oder Nichtanerkennung durch Dritte abhängen können, beschränkt in keiner Weise das Recht dieser Dritten, Verträge anzuerkennen oder nicht anzuerkennen. Ich zweifle nicht, daß Sie sehen werden, daß die polnische Regierung von friedfertiger, versöhnlicher Stimmung erfüllt ist und jedes Mißverständnis zu beseitigen wünscht, das geeignet ist, die Aufmerksamkeit von dem Hauptzweck der Wirtschaftskonferenz abzulenken, die für Rußland große Bedeutung hat.

## Die deutsche Marine u. die Revolution 1918.

In dem konservativen „Grenzboten" sind in einem Hefte Erlebnisse der Kriegsjahre enthalten, die von Mitgliedern beinahe aller deutschen Parteien stammen. Eine psychologische Erklärung dafür, warum **zuerst die Marine zur Revolution** geschritten ist, gibt **„Maritimus, kaiserlicher Leutnant.** z. S.: Er schreibt:

„Wer weiß es, was es heißt, **vier Jahre in enger Kasematte zu wohnen,** vier Jahre mit dem Kopf an das Stahldeck zu stoßen, vier Jahre rechts und links und vorn und hinten immer wieder diese dunklen Wände, die kahlen quadratischen Spinde zu sehen? Neben sich immer und immer die gleichen Gesichter, den gleichen Zank ums Fressen, vier lange Jahre durch.

**Frisch-fröhlicher Krieg — Nein!** Wir mußten hinaus in die Nordsee spähenden, **wundgeschauten Auges Tage und Nächte, Nervenüberspannt, übernächtigt, ermüdet und erschlafft kehrten wir heim von nutzloser Fahrt, o, wie drückte das beim hundertsten Male! oKnnten wir nicht besser bei Muttern sitzen, bei Frau und Kind? Die nie weichenden Nebelschwaden und immer der rieselnde Regen und die Dämme und Deiche und Wiesen so kahl und endlos, so furchtbar endlos** und der Strandschlick voll üblen Geruchs und die Jade so träge und lehmgrau: eintönig das Bild unseres Leben!

Mit unheimlich sicherem Instinkt konnten wir den Augenblick ermessen, wo ein Anstoß genügen würde, unsere Nerben reißen zu lassen. Ein wildes Aufbäumen des Leibes, ein Aufschrei des Geistes, ein Aufpeitschen der Sinne, mußte es, mußte Befreiung bringen. Wir waren ja **keine Menschen mehr,** lebten in dumpfer Ohnmacht dahin, siech am Körper und Geist. Auf jeden einzelnen Nacken drückten die tausende Zentner Stahl des Schiffes und leiser Kopfschmerz legte sein dauerndes eisernes Band um die Stirn und erdrückte neue Gedanken und meuchelte Spannkraft.

Der leise werbende Ruf: **Revolution!** ließ unsere mürben Nerven reißen. **Eine Tat! Erlösendes Wort! eine Tat! Welche? — Gleich!** — Nur eine Tat! **Alle Instinkte** brachen los, alles Gute und alles Schlechte, jahrelang verhaltene Kraft spannte sich zu dieser einen Tat! Revolution! Ein Aufschrei **der Befreiung ging durch mich und viele meiner Kameraden!"**

## Eine plumpe Fälschung.

Tardieu bringt im „Echo National" vom Sonntag die angeblich wörtliche Wiedergabe der Rede, die Rathenau am 20. Januar in der Pressesitzung in der Reichskanzlei gehalten haben soll. Von deutscher **amtlicher** Seite ist **bereits** durch die Botschafter in Paris an die Agentur Havas und einige Berliner Zeitungen ein **ausdrückliches Dementi gegeben** worden. Die Veröffentlichung erweist sich als in **unerhört plumper Weise verfälscht.** Die Fälschung ist um so durchsichtiger, als die einzige Pressesitzung, um die es sich handeln kann, in weitestem Umfang zugänglich war, und daher die Vertreter der ganzen deutschen Presse Zeugen der Fälschung sind. Einzelne Stellen verdienen zur Kennzeichnung des **lächerlichen tendenziösen übernationalismus,** der sich in der Fälschung kundgibt, angeführt zu werden. Von **Briand** soll Rathenau gesagt haben: „Es war ein richtiger Gaunerstreich, den Franzosen die Tatsache vorzuenthalten, daß die Besatzungskosten von den Reparationskosten in Abzug gebracht werden sollen." Von der Konferenz in **Cannes** wird eine Schilderung gegeben, die darin gipfelt, daß Lloyd George Rathenau bei der 1½stündigen Unterredung sein Handexemplar der Entscheidung der Reparationskommission über die Dekadenzahlungen übergeben habe, das noch heute in der Reichskanzlei sei und auf dem sich von Lloyd Georges Hand die Worte befinden: „Impossible fit l'univers n'ouvre pas de credit aux allemands". Schließlich habe Rathenau den **Vertrag von Versailles** als ein **Schandwerk** bezeichnet, das aber nach einer Reihe von Jahren auch nur ein **Fetzen Papier** sein werde. Die Fälschungen sind ein beredter Beleg dafür, mit welchen Mitteln der französische Nationalismus zurzeit gegen Deutschland arbeitet.

Vom Ausschuß der Pressekonferenz geht dem WTB. folgende Erklärung zu:

„Wir stellen als Teilnehmer an der Pressesitzung vom 20. Januar fest, daß der Bericht des „Echo national" über die damals gehaltene Rede des Ministers des Äußern **Rathenau** nicht nur **tendenziös entstellt,** sondern auch in seinen wesentlichen Punkten durch **frei erfundene Zusätze gefälscht** ist. Wir schließen uns daher der halbamtlichen Mitteilung, die diesen Bericht als **plumpe Fälschung und freie Erfindung** bezeichnet, vollinhaltlich an." (gez.): E. Bock, Dr. Breslauer, Dr. Frankfurter, Dr. Hellermann, Dr. Kriegk, W. Oehme, H. Saller.

## Schwerkriegsbeschädigte.

Obwohl der Krieg schon 3½ Jahre zu Ende ist, liegen noch immer eine erhebliche Zahl von Schwerkriegsbeschädigten in den Lazaretten. Zurzeit sind es noch rund 4800. Diese sind in 66 Lazaretten untergebracht. Man hofft, diese Zahl nach und nach auf etwa 38 verringern zu können. Leider muß damit gerechnet werden, daß eine Zahl besonders Schwerverletzter überhaupt nicht mehr zur Entlassung kommen können. Für diese besonders schwer heimgesuchten Kriegsopfer sollen eigene Heime in geeigneter Lage geschaffen werden. Das Reich scheut keine Mittel, um diesen so schwer betroffenen Kriegsopfern ihre Lage so erträglich wie möglich zu machen. Für Unterhaltung der Lazarette, der Kranken, der Ärzte und des Hilfspersonals gibt das Reich für das Jahr 1922 277 Millionen aus.

## Kleinbauern für eine geregelte Ernährungswirtschaft.

Ein überaus wichtiger Beschluß ist vom **Gesamtvorstand des Kleinbauernverbandes Oldenburgs** gefaßt worden. In seiner letzten Sitzung hat er nach einem Vortrage des **Ministerpräsidenten Tantzen über Brotgetreide- und Kartoffelumlage einstimmig** nachstehender Resolution zugestimmt:

„Die **Vertreter von über 11 000 kleinbäuerlichen Betrieben aus Oldenburg-Ostfriesland erklären sich bereit, im Interesse** der Volksernährung und des sozialen Friedens **an der Beibehaltung einer Brotgetreide- und Kartoffelumlage gegen Erstattung der Erzeugerkosten festzuhalten.** Die Mehrheit der Kleinbauern wird stets bereit sein, auch ihren Teil an der Steuer zum sozialen Frieden zu tragen. Dem **Reichslandbund** und seinen Führern **sprechen wir das Recht ab, Erklärungen zur Umlage, welche aus politischen Gründen erfolgen, im Namen der gesamten Landwirtschaft abzugeben.** Von der Mehrheit der nordwestdeutschen Kleinbauern hat der **Landbund hierzu weder Mandat noch Auftrag."**

## Kurze polit. Nachrichten.

* **Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Presse** ist auf der Grundlage des von den beauftragten Kommissionen fertiggestellten Entwurfs vom 16. Dezember 1921 am 25. April von den Bevollmächtigten des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe und des Reichsverbandes der deutschen Presse **abgeschlossen** worden. Zugleich wurde für die dem Entwurf angefügte Vereinbarung die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit durch das **Reichsarbeitsministerium beantragt.**

* **Wieder eine französiche Mordtat!** Aus Groß-Strelitz (Oberschlesien) wird berichtet: Dieser Tage wurde hier die Gattin des Justizoberinspektors **Bonnet von einer französischen Patrouille** in dem Augenblick **erschossen,** als sie das Fenster öffnete, um nach ihrem aus dem Dienste heimkehrenden Gatten auszuschauen. Der **Kreiskontrolleur in Groß-Strelitz** erklärte dem Vorsitzenden des Deutschen Ausschusses von Groß-Strehlitz, der wegen dieses Vorfalles bei ihm vorstellig wurde, daß kurz vor der Öffnung des Fensters „Schüsse gefallen wären. In der Annahme, daß aus diesem Fenster geschossen worden sei, hätte der französische Soldat hineingeschossen. Er werde wegen fahrlässiger Tötung zur Verantwortung gezogen werden."

## Badischer Kunstgewerbeverein.

Die diesjährige satzungsgemäße Hauptversammlung des Badischen Kunstgewerbevereins fand am 8. April d. J. im Künstlerhaus in Karlsruhe statt. Über die Verhandlungen geht uns folgender Bericht zu: Der 1. Vorsitzende, Herr Professor Dr. **Billing** begrüßte die erschienenen Mitglieder und erstattete sodann den Jahresbericht. Der Verein zählt gegenwärtig 316 Mitglieder und zwar in Karlsruhe 163, auswärts 153. Gestorben sind 4 Mitglieder. Vom 23. September bis 6. Oktober 1921, anläßlich der Karlsruher Herbstwoche 1921, fand in der städtischen Ausstellungshalle die Badische Möbelschau in Verbindung mit den angewandten und freien Künsten, veranstaltet vom Badischen Kunstgewerbeverein gemeinsam mit dem Verband der Holzindustrie, Sitz Karlsruhe e. V. statt. Wesentlich zum erfolgreichen Gelingen dieser Ausstellung hat der Verband der Holzindustrie und die Stadt Karlsruhe, die in bereitwilligster Weise die städtische Ausstellungshalle für diese Ausstellung unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat, beigetragen. Der Stadtverwaltung und dem Verband der Holzindustrie wurde für die tatkräftige Unterstützung der Dank der Versammlung übermittelt.

Der Geschäftsführer erstattete sodann für den zurzeit erkrankten Schatzmeister Beil den Kassenbericht. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1921 7335,11 M., die Ausgaben 4036,76 M. Das Gesamtvermögen beträgt nunmehr 19 242,70 M. Die Silberlotterie steht auf 10 445 M. Die Rechnung wurde von Herrn Kaufmann Hafner und Herrn Bildhauer Maybach geprüft und in Ordnung befunden. Hierauf wurde der Schatzmeister entlastet.

Der bisherige Schatzmeister, Herr Kaufmann **Beil,** hat aus Gesundheitsrücksichten um Enthebung von seinem Posten gebeten. Herrn Beil wurde der Dank der Versammlung für die langjährige treue Tätigkeit als Schatzmeister des Vereins ausgesprochen und sein Rücktritt außerordentlich bedauert mit dem Wunsche auf baldige Wiederherstellung seiner Gesundheit. Bei der folgenden Wahl des Schatzmeisters wurde der bisherige Geschäftsführer, Herr **Kugelstadt,** zum Schatzmeister des Vereins gewählt. Die satzungsgemäß ausscheidenden weiteren Vorstandsmitglieder, die Herren Professor Eugen Beck, Direktor Karl Heinz, Maler Roman Reith u. Blechnermeister Wilh. Weiß wurden einstimmig wiedergewählt. Als Rechnungsprüfer wurden die Herren Hafner und Maybach ebenfalls wiedergewählt. Alsdann erfolgte Bericht des Herrn Professors **Ule** über den Stand der Vorbereitung für die Beschickung der Gewerbeschau München. Es wurde begrüßt, daß das Ministerien des Innern dem badischen Handwerk einen angemessenen Beitrag zur Verfügung gestellt hat.

Anschließend fand ein anregender Gedankenaustausch statt der darin gipfelte, daß Kunst und Handwerk schlechterdings nicht zu trennen sind. Gutes Handwerk sollte auch gute angewandte Kunst in sich vereinigen.

Schließlich wurde über die fernere Tätigkeit des Kunstgewerbevereins beraten, wobei festgestellt wurde, daß eine Neueinstellung des Vereins den heutigen Zeitverhältnissen und der Wirtschaftslage entsprechend erwünscht ist.

Möge es gelingen, bestehende Schwierigkeiten zu überwinden und mögen Staat, Stadt und der kunstliebende Bürger sich bewußt sein, daß die Bestrebungen und Ziele des Kunstgewerbevereins Kulturaufgaben betreffen, die zu fördern vornehmste Pflicht sein sollte.

**Landestheater.** Zu der am Donnerstag, den **4. Mai** stattfindenden Erstaufführung der Neuheit „Schahrazade" von Bernhard Sekles sei noch darauf hingewiesen, daß die Kostüme nach Entwürfen von Margarete Schellenberg ausgeführt wurden. Die Bühnenbilder wurden nach Plänen Emil Burkards aus vorhandenen Beständen zusammengestellt und teilweise erneuert. Die Beleuchtungseffekte werden von Maschinerie-direktor Meyer geleitet. Die musikalische Leitung der Neuheit hat Alfred Lorentz inne, für die Inszenierung zeichnet Hans Lange verantwortlich. — In der Vorstellung von „Tannhäuser" am Sonntag, den 30., singt Frau Valentine Rostin vom Nationaltheater in Christiania aushilfsweise die Elisabeth.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# Badische Uebersicht.

## Badischer Landtag.

DZ. **Karlsruhe**, 28. April.

In der fortgesetzten **Justizdebatte** machte Abg. Dr. **Kullmann** (Soz.) allgemeine Ausführungen über die Rechtsprechung, worauf Minister **Trunk** das Wort ergriff, um zunächst dem Berichterstatter und der großen Mehrheit des Hauses für ihr Wohlwollen zu danken. Nach anerkennenden Worten für seine Mitarbeiter und die Justizbeamten überhaupt, brachte er die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Reichstag noch dieses Jahr das wichtige Reformwerk in Angriff nehmen könne. Es sei schon einiges vorweg genommen, was z. B. im Forstrecht seinen Ausdruck finde, dann in der Möglichkeit, an Stelle von niederen Freiheitsstrafen die Geldstrafe zu setzen. In Bälde dürfe das Jugendgerichtgesetz kommen mit Heraufsetzung des strafmündigen Alters von 12 auf 14 Jahre.

Der Jugendrichter wird die Zweckmäßigkeit von Erziehungsmaßnahmen zu prüfen haben, um den Jugendlichen eventuell vor Strafe zu bewahren. Auch ist die Zuziehung von Jugendschöffen geplant.

Die Begnadigungspraxis soll in der Weise erweitert werden, daß die Richter nicht nur Strafaufschub auf Wohlverhalten, sondern auch Strafurlaub gewähren und ausgesprochene Gefängnisstrafen in Geldstrafen umwandeln können. Für die freie Arbeitsleistung werden im Reichsjustizministerium Richtlinien ausgearbeitet.

Der privilegierte Zweikampf müsse fallen. Die Neukonstruktion der Gerichte (Strafkammer als Berufungsinstanz, vermehrter Beizug des Laienelements usw.) wird natürlich ein erhebliches Stück Geld kosten. Auf die Mitwirkung der Frau beim Schöffen- und Geschworenenamt könne nicht verzichtet werden.

Hinsichtlich der Ehescheidung empfiehlt der Minister Anpassung an das schweizerische Recht. Für das uneheliche Kind müsse der Vater nach seinem Können aufkommen. Nicht gerüttelt dürfe an der bisherigen Vor- und Fachausbildung der Juristen werden.

Auf die badischen **Verhältnisse** übergehend erklärte der Redner unter lebhafter Zustimmung, daß unsere Richter das Mißtrauensvotum des Abg. Klaiber nicht verdient hätten. Die badische Justiz habe in den letzten 3 Jahren unter schwierigen Verhältnissen standhalten und gut gearbeitet. Selbst die Mehrheitssozialdemokraten hätten nicht den Vorwurf der Klassenjustiz im schlimmen Sinn erhoben. Der Minister kam zum Schlusse auf den Fall des Oberamtsrichters Weber zu sprechen. So dürfte kein Richter handeln. Ferner rechtfertigte er das Vorgehen gegen den Landgerichtsrat Schäfer, um schließlich den Ministerialdirektor Dr. Bernauer gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, als ob er unzulässigerweise in die Rechtspflege eingegriffen hätte. Ein Zeitungsartikel hatte nämlich den Eindruck erweckt, daß durch ihn ein Vorführungsbefehl verhindert worden sei. Es sei stets des Ministers Sorge gewesen, die Unabhängigkeit der Richter hochzuhalten.

Die Abg. Frau **Straub** (Dem.) trat für das Berufsrichtertum der Frau ein.

Abg. Dr. **Schmitt**-Karlsruhe (Zentr.) warnt im Interesse des Vertrauens zur Rechtspflege, den Föderalismus zu übertreiben. — Die Beratung soll am Nachmittag zu Ende geführt werden.

### Die Maifeier-Verordnungen.

Am gestrigen Nachmittag befaßte sich der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung mit dem kürzlich im Landtage eingereichten Antrage der Deutschen Volkspartei, des Landbundes und der Deutschnationalen Volkspartei, welcher folgendermaßen lautete:

„Die Regierung wird ersucht um unverzügliche Aufhebung der Verordnung des Badischen Staatsministeriums vom 7. April 1919 betr. „Die Bestimmung des 1. Mai als gebotener Festtag" und der Verordnung des Badischen Staatsministeriums vom 28. April 1919, wonach

„in § 2 der landesherrlichen Verordnung vom 11. November 1899, die Ausführung des BGB. und der damit zusammenhängenden Gesetze betr., zwischen Ostermontag und Himmelfahrtstag" eingeschaltet wird „der 1. Mai"."

Sofort nach der Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Dr. **Zehnter**, den Antrag, den vom Plenum dem Ausschuß überwiesenen Antrag wegen der Kürze der Zeit vor dem 1. Mai von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen. Es erhob dagegen kein Abgeordneter Widerspruch; mehrere Abgeordnete erklärten für ihre Partei die Zustimmung. Der Antrag war damit **von der Tagesordnung abgesetzt** und gelangte deshalb auch im Plenum in der Freitagssitzung nicht zur Verhandlung; die von der Regierung erlassenen sogen. Mai-Verordnungen gelten auch für das Jahr 1922.

Man ernannte noch den Abg. **Rückert** (Soz.) um desswillen zum Berichterstatter, falls in späteren Sitzungen des Ausschusses auf den Antrag zurückgegriffen würde.

### „Dem Verdienste seine Krone".

Unter dieser Spitzmarke berichtete der **Singener** „Volkswille" am 26. April: „Verwaltungsaktuar **Spieß** bei der Heil- und Pflegeanstalt Konstanz, ein noch junger Mann, wurde zum Verwaltungsobersekretär ernannt. Das ist wohl der Dank der Zentrumspartei dafür, daß Herr Spieß den Abg. Ammann so grundfalsch unterrichtete, was zu unbegründeten Angriffen auf das gesamte Personal führte."

Hiezu wird uns von zuständiger Seite geschrieben: Die hier ausgesprochenen Vermutungen entbehren der tatsächlichen Grundlage. Verwaltungsaktuar Spieß gelangte lediglich in der geordneten Reihenfolge seines Prüfungsjahrganges, mithin nach seinem Dienstalter, gleichzeitig mit einer Anzahl anderer Dienstaltersgenossen zur planmäßigen Anstellung als Verwaltungsobersekretär.

### Die Metall- und Maschinenindustrie in Baden.

In der Öffentlichkeit wird die Aufmerksamkeit in letzter Zeit stark durch die gegenwärtigen Arbeitsstreitigkeiten in der Metallindustrie in Anspruch genommen, welche zu einem Streik der Metallarbeiter geführt haben. Im Hinblick darauf werden einige Angaben über die in Mitleidenschaft gezogenen Industriegruppen Interesse verdienen, welche wir den Ausführungen über die Metall- und Maschinenindustrie in Baden entnehmen, mit deren Veröffentlichung das Statistische Landesamt in der April-Nummer seiner „Statistischen Mitteilungen" soeben begonnen hat.

Hiernach waren in der Metall- und Maschinenindustrie des Landes zu Anfang des Jahres 1921 rund 97 000 Arbeiter in etwas über 1100 Betrieben fabrikmäßig beschäftigt. Dazu kommt noch eine große Anzahl von Arbeitern in den staatlichen Eisenbahnbetriebswerkstätten. Von der Gesamtarbeiterschaft sind u. a. im Deutschen Metallarbeiterverband 75 200, im Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands 5500 und im Gewerkverein der Metallarbeiter (H.-D.) 2600, d. h. zusammen über 83 000 gewerkschaftlich zusammengeschlossen. Von den in Betracht kommenden Berufsverbänden der Arbeitgeber verdienen vor allem Erwähnung der Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke, E. V. in Mannheim, mit über 100 (112) Mitgliedsfirmen in Baden und der Verband der Uhrenindustrie und der verwandten Industrien des Schwarzwaldes, Sitz Villingen; der Gruppe „Badischer Schwarzwald" gehören 58 Firmen an.

Etwa 700 Betriebe mit 43 000 Arbeitern, d. h. 61,6 bezw. 44,0 v. H. aller Betriebe und Arbeiter entfallen vorwiegend oder ausschließlich auf die eigentliche Metallindustrie, nahezu 450 Betriebe mit über 54 000 Arbeitern auf die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate. Eines der bedeutendsten Glieder in der Kette der ersteren bildet die Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie des Landes, welche rund drei Viertel von den ihr zugehörigen Betrieben und zwei Drittel der in diesen beschäftigten Arbeiter umfaßt, eine besondere Rolle in der letzteren spielt die Uhrenindustrie des Schwarzwaldes, die als Fabrikindustrie mit ihren Hilfsindustrien und den ihr verwandten Industrien etwa 9000 Arbeiter in 100 Betrieben zählt.

### Wohnungsneubauten in Baden.

Das Statistische Landesamt übermittelt uns folgende **Zusammenstellung** der in Baden von den Baukontrolleuren anläßlich der Rohbaurevisionen im **1. Halbjahr des Baujahres 1921/22** erstatteten Meldungen über **neuentstandene Wohnungen.**

| Monate, Landeskommissarbezirke und Städte | Neuentstandene Gebäude u. Gebäudeteile: Durch Neubau | Durch Umbau usw. | Neuentstandene Wohnungen: überhaupt | Davon mit 1 bis 3 Zimmern | Davon mit 4 u. mehr Zimmern | Davon mit Baukostenbeihilfen des Reiches, des Landes oder der Gemeinden: Bereits bewilligte | *Außerdem beantragte | Abgang an Wohnungen auf dem gleichen Baugrundstück |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Anzahl | | | | | | | |
| **1. In den einzelnen Monaten (überhaupt).** | | | | | | | | |
| Oktober 1921 | 325 | 63 | 646 | 536 | 110 | 376 | 75 | 31 |
| Nov. „ | 202 | 43 | 557 | 421 | 136 | 306 | 16 | 16 |
| Dez. „ | 229 | 70 | 603 | 429 | 174 | 318 | 10 | 32 |
| Januar 1922 | 263 | 92 | 567 | 422 | 145 | 319 | 39 | 32 |
| Februar „ | 147 | 46 | 350 | 271 | 79 | 205 | 11 | 14 |
| März „ | 282 | 83 | 673 | 434 | 239 | 350 | 48 | 47 |
| **Im ganzen** | 1448 | 397 | 3396 | 2513 | 883 | 1874 | 199 | 172 |
| Dagegen im 1. Halbjahr des Baujahres 1920/21 | 929 | 311 | 2378 | 1876 | 502 | 957 | 122 | 84 |
| **2. In den Landeskommissarbezirken.** | | | | | | | | |
| Konstanz | 194 | 54 | 472 | 315 | 157 | 209 | 4 | 56 |
| Freiburg | 310 | 119 | 762 | 473 | 289 | 430 | 52 | 34 |
| Karlsruhe | 484 | 74 | 1061 | 829 | 232 | 606 | 102 | 36 |
| Mannheim | 460 | 150 | 1101 | 896 | 205 | 629 | 41 | 46 |
| **3. In den Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern.** | | | | | | | | |
| Baden | 35 | 4 | 61 | 41 | 20 | 52 | — | 3 |
| Bruchsal | 8 | — | 23 | 14 | 9 | 14 | — | — |
| Durlach | 13 | — | 23 | 21 | 2 | 22 | — | — |
| Freiburg | 121 | 27 | 232 | 131 | 101 | 127 | — | 4 |
| Heidelberg | 128 | 7 | 270 | 246 | 24 | 111 | — | 1 |
| Karlsruhe | 97 | 18 | 227 | 179 | 48 | 120 | 51 | — |
| Konstanz | 21 | 1 | 73 | 47 | 26 | 61 | — | — |
| Lahr | 1 | 37 | 40 | 33 | 7 | 33 | — | 1 |
| Lörrach | 14 | 5 | 52 | 36 | 16 | 2 | 39 | — |
| Mannheim | 106 | 48 | 258 | 219 | 39 | 138 | 3 | — |
| Offenburg | 35 | 5 | 93 | 43 | 50 | 78 | — | — |
| Pforzheim | 49 | 13 | 165 | 116 | 49 | 68 | 1 | — |
| Rastatt | 4 | — | 22 | 19 | 3 | — | — | — |
| Singen a. H. | 3 | 3 | 7 | 7 | — | — | — | — |
| Villingen | 7 | 1 | 33 | 30 | 3 | 2 | — | — |
| Weinheim | 22 | 2 | 42 | 15 | 27 | 34 | — | — |

* Einschl. der Fälle von Wohnungsherstellungen, für welche die Beantragung von Beihilfen noch beabsichtigt ist.

### Aufgefundenes Geld.

Es wurde aufgefunden: im Monat März: am 27.: auf dem Bahnhof Offenburg eine Brieftasche mit 351 M.; am 29.: im Zug 375 ein Geldbeutel mit 84 M. 40 Pf., abgeliefert in Eberbach; am 30.: auf dem Bahnhof Müllheim der Betrag von 55 M. — Im Monat April: am 2.: auf dem Bahnhof Achern eine Geldtasche mit 35 M.; am 4.: auf dem Bahnhof Endingen eine Geldtasche mit 9 M. 05 Pf., abgeliefert in Riegel; am 5.: auf dem Bahnhof Osterburken der Betrag von 10 M.; am 7.: auf dem Bahnhof Buggingen der Betrag von 20 M.; am 9.: auf dem Bahnhof Basel Bad. der Betrag von 20 M.; am 11.: auf dem Bahnhof Kuppenheim der Betrag von 8 M., abgeliefert in Rastatt, auf dem Bahnhof Mannheim der Betrag von 20 M.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

Die in der Zeit vom 18. bis 23. März 1922 abgehaltene **Gewerbelehrerprüfung** haben folgende Kandidaten bestanden: **Baschang**, Otto, von Freistett, Amt Kehl, **Bernhard**, August, von Sandhausen, Amt Heidelberg, **Bischoff**, Richard, von Laichingen, O.-A. Münsingen, Wttbg., **Burkart**, Hugo, von Steinsfurt, Amt Sinsheim, **Hahn**, Julius, von Waldhausen, O.-A. Neresheim, Wttbg., **Kneißler**, Albert, von Metzingen, O.-A. Urach, Wttbg., **Schäfer**, Hermann, von Lahr, **Speck**, Willi, von Ettlingen.

Auf Grund der in der Zeit vom 3. bis 8. April 1922 abgehaltenen **ordentlichen Handelslehrerprüfung** sind folgende Kandidaten für bestanden erklärt worden:

**Brandt**, Heinrich, von Mannheim, **Karl**, Wilhelm, von Unteröwisheim, Amt Bruchsal, **Liebe**, Heinrich, von Karlsruhe, **Mühlenfiepen**, Katharina, von Müllheim (Ruhr), **Nägele**, Hans, von Wehr, Amt Schopfheim, **Reuter**, Karl, von Villingen, **Schlick**, Wilhelm, von Durmersheim, Amt Rastatt, **Woll**, Alfons, von Langenbrücken, Amt Bruchsal, **Zimmermann**, Rudolf, von Karlsruhe.

DZ **Das Mehl wird noch billiger.** Erst am vergangenen Montag hatten die süddeutschen Mühlen den Preis für Weizenmehl Spezial Nr. 0 auf 2075 Mark pro Doppelzentner ermäßigt. Vom 26. April ab ist der Preis neuerlich um 100 Mark auf 1975 Mark herabgesetzt worden.

DZ **Schwetzingen**, 27. April. Ein **Großfeuer** hat gestern das dem Schreinermeister Adolf **Rothacker** gehörige ehemalige Kellergebäude der alten Zähringer Löwenbrauerei an der Wildenmannstraße eingeäschert. Um ¾1 Uhr schlugen aus dem Dachstuhl des Gebäudes plötzlich die hellen Flammen heraus. Aus bisher unbekannter Ursache war der oberste von drei übereinanderliegenden Speichern in Brand geraten. Da in dem Gebäude große Holzvorräte lagerten, griff das Feuer mit rasender Schnelligkeit um sich, so daß der große Bau in wenig Stunden völlig ausgebrannt war. Der Schaden allein an den Holzvorräten usw. geht hoch in die Hunderttausende. Er ist nur zum verhältnismäßig kleinen Teil gedeckt.

DZ. **Weinheim**, 25. April. Die **beiden Straßenräuber**, die vor einigen Tagen auf der Hambacher Landstraße einen 17jährigen Realschüler aus Heppenheim bis aufs Hemd ausgeraubt hatten, wurden von der Gendarmerie **ermittelt** und ins Amtsgerichtsgefängnis in Lampertheim **eingeliefert** worden. Es sind zwei 22- und 23jährige Arbeitsburschen aus Viernheim bezw. Lampertsheim. Die Schuhe des Schülers hatte einer von ihnen noch an. Die Kleidungsstücke und die goldene Uhr hatten sie für 400 M. veräußert.

DZ. **Gurtweil** (Amt Waldshut), 25. April. Bei Grabarbeiten stieß man auf **römische Mauerreste**, die zwar dem Auge des Laien vollständig unsichtbar sind und nur durch Mörtelbrocken konstatiert werden können. Die Funde werden jetzt von sachkundiger Seite weiter untersucht. Es handelt sich voraussichtlich um Nebenbauten zu einem bereits festgestellten Hauptgebäude. Ebenso wurde die Pflasterung der alten römischen Straße angeschnitten, zirka ein Meter unter der heutigen Straßenhöhe.

DZ **Singen**, 27. April. Der **Streit der Schneidergehilfen** wurde **beigelegt**. Der „Oberländer Zeitung" zufolge haben die Arbeitnehmer die tariflichen Bedingungen des Arbeitgeberverbandes anerkannt, doch wurde den Schneidermeistern eine bessere Entlohnung der Qualitätsarbeiter anheimgestellt.

Bzt. **Überlingen**, 28. April. In letzter Zeit ging eine Mitteilung durch die Zeitungen, nach welcher **heute schon** alle **Fremdenzimmer von Ausländern mit Beschlag belegt** sein sollen. Soweit die Gasthäuser, Fremdenheime und Sanatorien in **Überlingen und Umgebung** in Frage kommen, **trifft dies in keiner Weise zu.** Einzig im Sanatorium Spetzgart haben sich 3 Schweden angemeldet, ihr Kommen steht aber noch nicht fest.

DZ. **Konstanz**, 24. April. Die **Münsterbaukommission** ist sich nunmehr über die **Wiederherstellungsarbeiten** schlüssig geworden und hat für die Wiederherstellungsarbeiten des inneren Münsters folgenden Plan aufgestellt: als bildlicher Schmuck der Wände kommen keine Fresken, sondern Tafelbilder in Betracht. Die Orgelbemalung wird in ihrer alten Gestalt erneuert. Für die Ausmalung des Langhauses werden der Kommission bei der nächsten Sitzung Proben vorgeführt. Die Chorfensterfrage wird zurückgestellt bis zur Fertigstellung des Langhauses, jedoch war die Mehrheit der Kommission für die Errichtung eines monumentalen Hochaltars. Die elektrische Beleuchtung wird sofort eingeführt. Die Ausführung der Wiederherstellungsarbeiten geschieht in Abschnitten entsprechend den Bewilligungen im Staatsvoranschlag. Bis zum Konradsjubiläum 1923 soll als erster Abschnitt das Langhaus mit den Seitenschiffen vollendet sein. Die Anlagen um das Münster sollen verschönt werden. Für die späteren Arbeiten ist vorgesehen, Querschiff und Chor in ihrer jetzigen Gestalt zu erneuern und ein Münstermuseum anzulegen, das alle im Münster selbst nicht gebrauchten **Kunstwerke** usw. enthalten und im Kongregationssaal der heiligen Grabkapelle und dem südlichen Kreuzgang untergebracht werden soll. Die **Gesamtkosten** werden auf **3,5 Millionen Mark** geschätzt, vom Staat bewilligt sind bis jetzt 400 000 M. Die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung und des Museums muß der Münsterbauverein tragen mit 1—1½ Millionen Mark. Bei den bisherigen Arbeiten konnte die alte Orgelbemalung von 1518 festgestellt werden. Sie ist außerordentlich reich in Blau, Rot und Gold gehalten und trägt in den Füllungen figürliche und ornamentale Darstellungen, die den Einfluß Hans Holbeins vermuten lassen.

### Aus der Landeshauptstadt.

* **Über den Eisenbahnverkehr am 1. Mai** erscheint im heutigen Staatsanzeiger eine Bekanntmachung, auf die wir auch an dieser Stelle aufmerksam machen.

**Landestheater.** Technischer Schwierigkeiten wegen erfährt der Spielplan für die nächste Woche insofern eine Änderung, als die Erstaufführung der „Koggenstädter Komödie, „Das Kind", die als fünfte Vorstellung des „Kammerspielzyklus" in Szene geht, schon am Mittwoch, den 3. Mai, stattfindet, während Shakespeares „König Richard der Zweite" erst am Samstag, den 6. Mai, zum erstenmal neueinstudiert zur Aufführung kommt.

## Badische Gemeindeschau.

DZ. **Mosbach**, 22. April. Der **Bürgerausschuß** genehmigte die Erweiterung des **Realgymnasiums** durch Anfügung einer achten Klasse zu einer Vollanstalt.

DZ **Zell i. W.**, 27. April. Die Gemeinde Zell i. W. braucht ein **neues Rathaus**, da die jetzigen Räume für die Sparkasse und andere Zwecke dringend benötigt werden. Infolge des engen Talcharakters bietet vor allem die Platzfrage gewisse Schwierigkeiten. Der Bürgerausschuß wird nunmehr um Genehmigung ersucht, das der Familie Montfort gehörige Gelände nahe am Lehrerwohnhaus ankaufen zu dürfen. Dort soll das neue Rathaus errichtet werden mit einem Kostenaufwand von 6—7 Millionen Mark. 3 Millionen Mark sollen durch einen außerordentlichen Holzhieb von 3000 Festmeter beschafft werden. Eine Million wird von der Sparkasse übernommen, eine halbe Million soll der Verkauf des Postgebäudes ergeben und eine weitere halbe Million erwartet man aus dem Erträgnis der Grund- und Wertzuwachssteuer. Der ungedeckte Aufwand von etwa 2 Millionen soll durch Verwertung vorhandener Sachwerte gedeckt werden.

DZ. **Singen**, 25. April. Nachdem die Stadt auf Grund von Verhandlungen mit der **Eisenbahngeneraldirektion** für die Bauten des **Eisenbahnerbauvereins** (30 Wohnungen) den nicht unerheblichen Zuschuß bewilligt hatte, wird der Bürgerausschuß jetzt aufgefordert werden, auch für die Bauten dieses Vereins im Jahre 1922 (15 Wohnungen) das Pflichtteil zu übernehmen. Außerdem will die Stadt ein Drittel der ungedeckten Überteuerung übernehmen. — Der Stadt Singen sind zur Verbesserung der **Milchversorgung Reichsmittel** in Aussicht gestellt. Der Gemeinderat beschloß, daß diese Gelder verwendet werden sollen zur Heranziehung der entfernt gelegenen Höfe von Schienen und anderen Orten, sowie zur Zahlung von Prämien an solche Kuhhalter bezw. Gemeinden, welche über das Umlagesoll hinaus Milch abliefern.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# Staatsanzeiger.

**Eisenbahnverkehr am 1. Mai.**

Am 1. Mai verkehren in Baden die Personenzüge wie an Sonn- und Feiertagen. Die ausschließlich für den Ausflugsverkehr vorgesehenen, in den Fahrplänen mit F bezeichneten Züge, werden im allgemeinen nicht ausgeführt. Nähere Auskunft erteilen die Stationen.

Nach innerbadischen Stationen und nach Stationen der badischen Nebenbahnen werden am 1. Mai Sonntagsrückfahrkarten ausgegeben. Die am 29. und 30 April nach diesen Stationen gelösten Sonntagsrückfahrkarten gelten bis einschließlich 1. Mai; die Rückreise muß an diesem Tage spätestens mit einem Zuge angetreten werden, die die Zielstation der Karte um 12 Uhr Mitternacht verläßt. Für Arbeiter- und Schülerrückfahrkarten gilt der 1. Mai als Feiertag.

# Personeller Teil.

## Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw der planmäßigen Beamten.

### Aus dem Bereich des Justizministeriums.

**Planmäßig angestellt:**

Amtsgehilfe Anton Michelfelder beim Amtsgericht Karlsruhe.

**Ernannt:**

die Justizassistenten Friedrich **Bauer** beim Amtsgericht Karlsruhe, Oskar **Fuchs** beim Amtsgericht Freiburg, Friedrich **Kraus** beim Landgericht Karlsruhe und Karl **Reinhard** beim Landgericht Freiburg zu Justizsekretären, die Kanzlistinnen Ottilie **Behringer** beim Amtsgericht Mannheim, Pauline **Brenner** beim Amtsgericht Wiesloch, Emma **Deicke** beim Notariat Neckargemünd, Katharina **Haßmann** beim Oberlandesgericht, Marie **Knorpp** beim Notariat Mannheim, Luise **Kochendörfer** beim Amtsgericht Waldkirch, Frieda **Nerpel** beim Amtsgericht Mannheim, Elise **Netzbach** beim Notariat Mannheim, Rosa **Reutlinger** bei der Staatsanwaltschaft Freiburg, Maria **Scharf** beim Amtsgericht Heidelberg, Maria **Schmidt** beim Notariat Heidelberg und Susanna **Wagner** beim Notariat Wiesloch zu Kanzleiassistentinnen.

**Versetzt:**

die Staatsanwälte Dr. Ernst **Pfeifer** in Mannheim und Heinrich **Ullrich** in Waldshut nach Karlsruhe, sowie Heinrich **Krall** in Pforzheim nach Mannheim, die Justizobersekretäre Konrad **Konstanzer** beim Amtsgericht Säckingen zum Amtsgericht Breisach und Friedrich **Wörne** beim Amtsgericht Breisach zum Amtsgericht Heidelberg.

**Zuruhegesetzt auf Ansuchen:**

Notar Franz **Antoni** in Ettlingen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

### Ministerium des Kultus und Unterrichts.

**Ernannt:**

Oberrechnungsrat Ludwig **Ziegler** zum Finanzamtmann, Rechnungsrat Friedrich **Gund** zum Oberrechnungsrat, Finanzinspektor Theodor **Vögelin** zum Rechnungsrat, sämtliche beim Evang. Oberkirchenrat.

**Verliehen:**

dem planmäßigen außerordentlichen Professor der Musikwissenschaft an der Universität Heidelberg Dr. **Kroyer** die Amtsbezeichnung und die akademischen Rechte eines ordentlichen Professors.

**Versetzt:**

Reallehrer Richard **Hörth** von der Realschule in Neustadt an die Höhere Bürgerschule in Hornberg.

**Zuruhegesetzt auf Ansuchen:**

die Rektoren: Heinrich **Brunner** in Weingarten, Amt Durlach, Jakob **Fath** in Ziegelhausen, Amt Heidelberg, und Georg **Wältner** in Schopfheim.

Reallehrer Alfred **Huber** am Realprogymnasium mit Realschule in Waldshut bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

### Evang. Kirchenregierung.

Die Evangelische Kirchenregierung hat unterm 27. März d. J. den Pfarrer Eduard **Dick** in Kieselbronn als Pfarrer in Ihringen bestätigt.

Die Evangelische Kirchenregierung hat den von der Kirchengemeinde Oberschüpf gewählten evangelischen Pfarrverwalter Heinrich **Schulz** in Oberschüpf als Pfarrer in Oberschüpf bestätigt.

Die Evangelische Kirchenregierung hat den Pfarrer Ernst **Amann** in Heddesbach zum Pfarrer in Kork ernannt.

### Kath. Kultus.

Der von Seiner Exzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Ettlingen, Dekanats Ettlingen, ernannte Pfarrer Augustin **Kast**, seither Pfarrer in Oos, wurde am 26. März d. J. kirchlich eingesetzt.

### Oberrechnungskammer.

**Ernannt:**

Verwaltungsgerichtsrat Dr. Paul **Arnsperger** beim Verwaltungsgerichtshof, Oberregierungsrat Richard **Hergt**, Kollegialmitglied bei der Wasser- und Straßenbaudirektion, zu stellvertretenden Mitgliedern der Oberrechnungskammer für den Haushaltszeitraum 1922/23.


## Badisches Landestheater.

Samstag, 29. April. 5½—10 Uhr. 30 Mk.
Abonnement D 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3001—3200.

**Peer Gynt.**

**Im Landestheater.** So. 30. **Tannhäuser.** 6. (55.00.) — Mo. 1. Mai.* **Im weißen Rößl.** 7. (30.00). Th.-Gem. B.V.B. 601—800. — Die. 2.* Abonn. G 2. **Der Urfaust.** 6½. (25.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 101 bis 400. — Mi. 3.* V. Vorstellung im Kammerspiel-Cyclus. Zum ersten Male. **Das Kind.** Komödie in 3 Akten von Ottomar Enking, 7. (25.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 801—1000. — Do. 4.* Abonn. E 2. Zum ersten Male. **Schahrazade.** Oper in 3 Akten von Berhardt Sekles. 7. (40.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1901 bis 2100. Fr. 5.* Abonn. F 2. **Rigoletto.** (Rigoletto: Jan van Gorkom.) 7. (40.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 401—600. — Sa. 6.* Abonn. A 3. Neu einstudiert. **König Richard II.** 6½. (30.00.) — So. 7. **Die Meistersinger von Nürnberg.** 5. (55.00.) — Mo. 8.* III. Literarische Abendfeier. **Biedermeier.** 7½. (15.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1601—2150. — Die. 9.* Volksbühne. E 8, nur die ungerade Seite des Hauses, also ungerade Reihensitze und ungerade Logen. **Der Freischütz.** 7. (40.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3201—3500.

**Im Konzerthaus.** So. 30.* **Liselott von der Pfalz.** 7. (21.00.) — Die auf Dienstag, den 2. angesetzte Vorstellung L 7 der Volksbühne wird auf Mittwoch, den 10. verschoben. — So. 7.* **Die beiden Seehunde.** 7. (21.00).

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem. jeweils am Vortag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10—½1, 4—6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Abonnenten und der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 29., nachmittags ½3—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Dienstag, den 2. an. — Die Verkaufsstelle Heller ist ab 1. Mai wegen Aufgabe des Geschäfts aufgehoben, an ihre Stelle tritt die Musikalienhandlung Fr. Doert, Kaiserstraße 159, Eingang Ritterstraße, Fernsprecher 638.


## Bekanntmachung.
### Nachversteuerung von Bier.

Auf Grund des Gesetzes betreffend die Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern (RGBl. vom 20. April 1922 Nr. 30 S. 380) und der Bier-Nachsteuerordnung haben **Bierhändler und Wirte** die am 1. Mai 1922 in ihrem Besitze befindlichen nachsteuerpflichtigen **Biervorräte bis zum 5. Mai 1922** dem zuständigen Zollamte **schriftlich** (in zweifacher Fertigung) **anzumelden.** In den Anmeldungen ist die Zahl und der Raumgehalt der mit Bier befüllten Gefäße, sowie die Biergattung (Einfachbier, Schankbier, Vollbier und Starkbier) anzugeben. Betragen die vorrätigen Biermengen im ganzen nicht mehr als 2 Hektoliter, so liegt keine Anzeigepflicht vor. Wer die ihm obliegende Anmeldung die Biervorräte unterläßt oder unrichtig angibt, hat Bestrafung zu gewärtigen. N. 103

Nähere Auskunft erteilen die Zollämter und das Hauptzollamt.

Karlsruhe, den 27. April 1922.

**Hauptzollamt.**

## Bekanntmachung.
### Nachversteuerung v. Mineralwässern.

Nach dem Gesetz vom 20. April 1922 betr. die Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern (RGBl. Nr. 30 S. 380) und der Mineralwasser-Nachsteuerordnung müssen Händler, Wirte und sonstige Wiederverkäufer die am 1. Mai 1922 in ihrem Besitze befindlichen Vorräte an Erzeugnissen, die der Mineralwassersteuer unterliegen, bis zum 5. Mai 1922 zum Zwecke der Nachversteuerung bei der zuständigen Hebestelle (Hauptzollamt, Zollamt) schriftlich (nach Art, Menge und Aufbewahrungsort) in doppelter Fertigung oder in einer vom Zollamt aufzunehmenden Verhandlung anmelden. Unterwegs befindliche Erzeugnisse sind alsbald nach Eingang anzumelden. N. 104

Vorräte, die bei den Mineralwässern, Limonaden und anderen künstlich bereiteten Getränken 300 Liter, bei konzertrierten Kunstlimonaden 30 Liter und bei Grundstoffen zur Herstellung konzentrierter Kunstlimonaden 2 Liter nicht übersteigen, sind von der Nachsteuer befreit und brauchen nicht angemeldet zu werden.

Wer die Anmeldung unterläßt oder in ihr unrichtige Angaben macht, hat Bestrafung zu gewärtigen. Nähere Auskunft erteilen die Zollämter und das Hauptzollamt.

Karlsruhe, den 27. April 1922.

**Hauptzollamt.**


## !! Sommersprossen verschwinden !!

Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit **Frau Elisabeth Frucht, Hannover A 339**, Schließfach 238. A.225

## Handels-Hochschulkurse Karlsruhe.
### Sommer-Semester 1922.

Beginn: 2. Mai. Dauer: 10 Vortragswochen. In der Pfingstwoche wird nicht gelesen.

Die Vorlesungen finden in der Technischen Hochschule statt, beginnen pünktlich um 8 Uhr und dauern eine Stunde.

1. **Rechtswissenschaft:**
   Deutsches bürgerliches Recht; III. Teil (Grundzüge des Familien-Güterrechts u. Erbrechts).
   Dozent: Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Levis, Karlsruhe. A.222
   Jeden Montag, abends 8 Uhr, Beginn: 8. Mai.
2. **Volkswirtschaftslehre:**
   Vom Volkseinkommen und seiner Verteilung.
   Dozent: Herr Dr. rer pol. Dr. jur. Wehrle, Leiter des bad. Landesamts für Arbeitsvermittlung Karlsruhe.
   Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Beginn: 2. Mai
3. **Sondergebiete der Warenherstellung und Technik:**
   Dozent: Herr Prof. Dr. Wilhelm Paulcke, von der Technischen Hochschule Karlsruhe.
   Jeden Freitag, abends 8 Uhr, Beginn 5. Mai.
4. **Wirtschaftsgeographie:**
   Einzeldarstellungen auf dem Gebiet der Verkehrsgeographie.
   Dozent: Herr Dr. Metz, Dozent für Geographie an der Technischeu Hochschule Karlsruhe.
   Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, Beginn: 4. Mai.

**Anmeldungen gegen Vorausbezahlung der Besuchsgebühr werden in folgenden Buchhandlungen entgegengenommen:**
**A. Bielefelds Hofbuchhandlung, J. Lincks Buchhandlg., Weststadt - Buchhandlung, Ernst Lützerath, E. Kundt, Buchhandlung der Badischen Landeszeitung,**
**Karlsruhe, April 1922.**

**Das Kuratorium.**


**Einladung** zur außerordentl. Mitgliederversammlung des Bad. Krüppelfürsorgevereins am Samstag, den 6. Mai nachm. 3½ Uhr in Heidelberg, Ziegelhäuserlandstraße 1. Tagesordnung: 1. Geringfügige Änderungen der neuen Satzungen. 2. Mitteilungen. A.224

## Bürgerl. Rechtspflege
### a. Streitige Gerichtsbarkeit.

N.68.2 **Karlsruhe.** Die **Emilie Frieda Helmling, geb. Albrecht,** Ehefrau des Kaufmanns Johann Friedrich Helmling zu Pforzheim, Schwarzwaldstr. 6, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Kratt, klagt gegen ihren genannten Ehemann, zuletzt im Amtsgefängnis I hier, zurzeit unbekannten Aufenthalts, unter der Behauptung, daß er die durch die Ehe begründeten Pflichten dadurch schwer verletzt habe, daß er, nachdem er schon wegen Betrugs und Urkundenfälschung bestraft war, wiederum Betrügereien begangen habe, mit dem Antrage auf Scheidung der am 3. Juli 1906 in Wilferdingen geschlossenen Ehe aus Verschulden des Beklagten, und Verurteilung des Beklagten in die Kosten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des bad. Landgerichts zu Karlsruhe auf **Freitag, den 30. Juni 1922, vormittags 9 Uhr,** mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalte als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Karlsruhe, 20. April 1922.

**Der Gerichtsschreiber des Bad. Landgerichts.**

N.69.2 **Karlsruhe.** Der Rechtsanwalt Dufner in Pforzheim als Verwalter im Konkurs der Firma **Karl Sonnet,** Inhaber Fritz Oberle zu Pforzheim, klagt gegen den Kaufmann **Wilhelm August Schäfer** von Königsbach, früher zu Pforzheim, zurzeit unbekannten Aufenthalts, unter der Behauptung, daß der Beklagte von dem Inhaber der Konkursfirma Karl Sonnet vor der Konkurseröffnung eine größere Partie Brillantwaren zum fakturierten Preise von 301 150 M. erhalten hat, zwecks Verwendung als Pfand für eine beabsichtigte Darlehensaufnahme, daß der Beklagte weiter von der Firma Sonnet zwei Pakete mit Edelsteinen im fakturierten Wert von 100 000 M. erhalten hat, behufs Verkaufs auf Rechnung der Firma und daß der Beklagte diese Wertsachen bis heute weder zurückgegeben noch deren Wert ersetzt hat mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 401 150 M. — vierhunderteintausendeinhundertfünfzig Mark — nebst 5 Prozent Zins hieraus vom Klagezustellungstage an an die klagende Konkursmasse zu Händen des Konkursverwalters u. zur Tragung der Kosten des Rechtsstreits und Vollstreckbarerklärung des Urteils gegen Sicherheitsleistung.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung vor die 2. Zivilkammer des bad. Landgerichts zu Karlsruhe auf **Freitag, den 30. Juni 1922, vorm. 9½ Uhr,** mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, 22. April 1922.

**Der Gerichtsschreiber des Bad. Landgerichts.**

N.82.2.1 **Karlsruhe.** Die **Lina Kleinhans geborene Naiel,** Ehefrau des Goldarbeiters Heinrich Kleinhans zu Pforzheim, Zäringer-Allee 17, Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Stößer in Pforzheim, klagt gegen ihren genannten Ehemann, zuletzt im Obdachlosenasyl Berlin wohnhaft, zurzeit unbekannten Aufenthalts, unter der Behauptung, daß er die Klägerin am 29. Dezember 1918 verlassen, sich nicht mehr um sie bekümmert und ihr insbesondere keinen Unterhalt gewährt habe, mit dem Antrage auf Scheidung der am 25. August 1917 in Pforzheim geschlossenen Ehe aus Verschulden des Beklagten, und Verurteilung des Beklagten in die Kosten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des bad. Landgerichts zu Karlsruhe auf **Freitag, den 30. Juni 1922, vorm. 9½ Uhr,** mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu stellen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, 20. April 1922.

**Der Gerichtsschreiber des Bad. Landgerichts.**

N.88.2.1 **Karlsruhe.** Landwirt **Josef Senn Ehefrau Pauline geborene Klausmann** in Kirchdorf hat beantragt, ihren verschollenen, am 1. Oktober 1853 zu Klengen als Sohn des Ludwig Senn und der Ursula geb. Schöndienst geborenen, zuletzt in Kirchdorf wohnhaften Ehemann Landwirt Josef Senn für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Samstag, den 23. Dezbr. 1922, vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht hier anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche über Leben oder Tod des Verschollenen Auskunft erteilen mögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Villingen, 18. April 1922.

**Gerichtsschreiberei des Bad. Amtsgerichts.**

N.84 **Villingen.** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Friseurs **Gustav Adolf Vogler** in St. Georgen i. Schw. wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins und Schlußverteilung aufgehoben.

Villingen, 20. April 1922.

**Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.**

N.97. **Überlingen.** Schmied **Engelbert Böhmann** von Frickingen wurde heute wegen Trunksucht entmündigt.

Überlingen, den 21. April 1922.

**Amtsgericht.**

## Verschiedene Bekanntmachungen.

**Die Heil- und Pflegeanstalt Illenau** sucht für die Verwaltung eine im Rechnungswesen bewanderte Kraft. Finanz- oder Verwaltungsobersekretäre bevorzugt.

Unterkunft und Verpflegung kann in der Anstalt gewährt werden. Bewerbungen an die Direktion erbeten. A.223

Das **Bad. Forstamt Staufen** I verkauft freihändig aus Domänenwalddistr. I „Sägengrund", II „Finkerstal" u. VI „Prälatenwald": M.977.2

4 Eiche Ib. m. 1,80 Fstm., 3 IIb. m. ca. 3,80 Fstm., 15 IIIb. m. ca. 15 Fstm., 72 IV. m. ca. 67,5 Fstm., 103 V. m. ca. 50 Fstm., 2 VI. m. ca. 0,5 Fstm., 46 Tannenstämme I. m. ca. 110 Fstm., 87 II. m. ca. 140 Fstm., 109 III. m. ca. 100 Fstm., 71 IV. m. ca. 35 Fstm., 297 V. m. ca. 90 Fstm., 20 VI. m. ca. 4 Fstm., 35 Tannenabschnitte I. m. ca. 95 Fstm., 141 II. m. ca. 150 Fstm., 116 III. m. ca. 70 Fstm.

Schriftliche Angebote wollen in Prozenten der Landesgrundpreise bis **Dienstag, den 2. Mai d. J., nachmittags 5 Uhr,** beim Forstamt Staufen I eingereicht werden.

Forstwart Seng in Staufen zeigt das Holz in Distr. I und II und Oberforstwart Burgert in Untermünstertal jenes in Distrikt VI vor.

Das **Forstamt Waldkirch i. Br.** verkauft freihändig aus Domänenwald: Engewald (Station Waldkirch) 415 Fstm. Tannen-, Kandelwald (Station Bleibach) 468 Fstm. Tannen- und Fichten-, Biggert (Station Elzach) 177 Fstm. Fichten-Stämme u. -Abschnitte. Losverzeichnisse vom Forstamt. Angebote in Prozenten der Landesgrundpreise bis **8. Mai d. J.** N.96.2.1

**Vergebung von Bauarbeiten.** Wir vergeben zu zwei Wohngebäuden im Grenzbahnhof Neuenburg a. Rh. die Verputz-, Glaser-, Schreiner-, Installations-, Maler- und Tüncher- und Tapezierarbeiten. Pläne, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe liegen hier, Waldkircherstr. 12, 2. Stock, Zimmer Nr. 26, werktags von 8—12 Uhr vormittags zur Einsicht auf. Daselbst auch Abgabe der Angebotsvordrucke. Angebote sind verschlossen, postfrei mit entsprechender Aufschrift bis **Mittwoch, den 10. Mai 1922, vorm. 10 Uhr,** bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Freiburg, 25. April 1922.

**Bahnbauinspektion 2.**

## Arbeitsvergebung

nach Finanzministerialverordnung vom 8. Jan. 1907: **Neubau der orthopäd. Anstalt in Heidelberg.** N.95.2.1

XI Beton- und Wandbeläge (c. Terrazzoböden)
XV. Schlosserarbeiten
XVI. Anstreicher- und Malerarbeiten.

Unterlagen hierfür auf dem Baubüro in Schlierbach, woselbst auch die Angebote bis zum **8. Mai d. Js., vorm. 10 Uhr,** einzureichen sind und deren Eröffnung stattfindet. Zuschlagsfrist 4 Wochen.

**An der Baustelle ist zu verkaufen:**

1 Trockenschuppen mit Lattengestellen für Backsteine,
1 Trockenschuppen zum Aussetzen für Backsteine (für Ziegeleien geeignet).

Angebote auch hierfür zum gleichen Zeitpunkte einzureichen.

Schlierbach, den 27. April 1922.

**Die Bauleitung:** i. A. gez. Avenmarg.

## Deutsch-Nordischer Güterverkehr.

Am 1. Mai lf. tritt für den deutsch-dänischen und deutsch-schwedisch-norwegischen Güterverkehr eine neue Einrechnungstafel zur Ermittlung der vom genannten Zeitpunkte ab erhöhten deutschen Schnittfrachtsätze in Kraft, durch welche die Einrechnungstafel vom 1. April lf. aufgehoben wird. Verkaufspreis 60 Pfg. N.90

Karlsruhe, 25. April 1922.

**Eisenbahngeneraldirektion.**

## Badisch-Württemberg. Güterverkehr.

Auf den 1. Mai 1922 wird die Station Schönaich in den Tarif einbezogen. Die Tarifentfernungen werden gebildet durch Anstoß von 13 Km. an die Entfernungen für Böblingen Übergang.

Karlsruhe, 26. April 1922.

**Eisenbahngeneraldirektion.**